

KURZMELDUNGEN

Mehr E-Autos

BERN | Der Anteil von Elektroautos soll von 2,7 Prozent im Jahr 2017 bis in drei Jahren auf 10 Prozent steigen. Dazu sind laut dem Autoverband Auto Schweiz in erster Linie Investitionen in die Infrastruktur notwendig. Auto Schweiz muss Gas geben, um die Klimaziele für den Strassenverkehr bis 2020 zu erreichen. Um bis dann den CO₂-Wert von durchschnittlich 95 Gramm pro Kilometer zu erzielen, ist ein Marktanteil von teilweise oder gänzlich elektrifizierten Fahrzeugen von zehn Prozent bis im Jahr 2020 nötig, wie Auto Schweiz am Donnerstag mitteilte. Im letzten Jahr betrug der Marktanteil gerade mal 2,7 Prozent, wie Verbandspräsident François Launaz sagte. | sda

Diplomatie

BERN | Bundesrätin Simonetta Sommaruga hat sich in Bern mit rund 15 Botschafterinnen, die ihr Land in der Schweiz vertreten, getroffen. Die Frauen sprachen unter anderem über Gleichstellung und Migration. Sommaruga erläuterte am Treffen die neuen beschleunigten Asylverfahren der Schweiz und informierte über die aktuelle Integrationspolitik. Eingeladen zum Treffen hatte die griechische Botschafterin Hara Skolarikou. Vor allem Botschafterinnen von europäischen Staaten kamen. Insgesamt vertreten rund 30 Frauen in der Schweiz die Interessen ihrer jeweiligen Staaten als Botschafterinnen. | sda

Schmid übernimmt

ZÜRICH | Der ehemalige Direktor von Schweiz Tourismus, Jürg Schmid, ist neu Delegierter des Verwaltungsrats des Luxushotel-Verbunds «The Living Circle». Das teilte der Verbund am Donnerstag mit. Schmid war von 1999 bis 2017 Direktor von Schweiz Tourismus, mit einem kurzen Unterbruch im Jahr 2010. Seit seinem Abgang ist er Mitinhaber einer Marketing- und Kommunikationsagentur und Mitglied diverser Verwaltungsräte. | sda

Jungwolf überfahren

TRIN | Die Zivilisation ist einem jungen Calandawolf zum Verhängnis geworden. Der am Calandamassiv bei Chur letztes Jahr in freier Wildbahn geborene Jungwolf ist am Donnerstag in der Vorderrheinschlucht von einem Zug überfahren worden. Es ist bereits der zweite Jungwolf aus dem Calandarud, der vor einen Zug geriet. 2013 war ein ausgewandertes einjähriges Tier am Lago Maggiore auf den Geleisen verendet. | sda

Verurteilt

LUZERN | Das Luzerner Kriminalgericht hat eine 46-jährige Frau zu einer Freiheitsstrafe von 10 Jahren und 6 Monaten und ihren 45-jährigen Mann zu 13 Jahren und 9 Monaten verurteilt. Das Verbrecherpaar knebelte, fesselte und bedrohte seine Opfer mit dem Tod und erbeutete mehrere Hunderttausend Franken. | sda

Bern | Susanne Ruoff bleibt trotz PostAuto-Affäre vorerst Konzern-Chefin

Taskforce wird eingesetzt

Ob Trickerei, Verletzung des Subventionsrechts oder Betrug: Trotz des Buchhaltungs-Skandals bei der PostAuto AG hat der Verwaltungsrat der Post Konzernchefin Susanne Ruoff das Vertrauen ausgesprochen – zumindest so lange, bis die Resultate der Untersuchung durch eine eigens gegründete Taskforce vorliegen.

Diesen Entscheid fällt der Verwaltungsrat am Mittwoch, am Donnerstag informierte VR-Präsident Urs Schwaller die Medien darüber. Der erwartete Pauenschlag – ein Rücktritt Ruoffs, wie er in den vergangenen Tagen teilweise gefordert worden war – fiel aus.

Die Post habe durch die PostAuto-Affäre grossen Schaden erlitten, sagte der ehemalige CVP-Ständerat zu Beginn der Pressekonferenz. Er sprach von «gravierenden» und «unentschuldbaren» Vorfällen, bei denen die Kontrollinstanzen während vieler Jahre versagt hätten.

Schwallers Entschuldigung

Dann entschuldigte er sich bei den Mitarbeitenden der Post, die Tag für Tag eine hervorragende Arbeit leisteten, bei den Kunden und bei der Öffentlichkeit. Das Vertrauen in das Traditionsunternehmen könne erst wieder hergestellt werden, wenn ganz klar sei, was passiert sei und wer die Verantwortung dafür trage. Der Post-Verwal-

tungsrat will aus diesem Grund die «illegale Buchungspraxis» bei PostAuto in den Jahren 2007 bis 2015 von einer eigens geschaffenen, unabhängigen Expertengruppe aufklären lassen. Falls nötig, werde der Untersuchungszeitraum ausgedehnt. Erste «klare Aufschlüsse» würden im Mai erwartet, bis im Sommer soll die Untersuchung abgeschlossen sein und das Resultat «mit voller Transparenz» offengelegt werden.

Für die Untersuchung der Buchhaltungsaffäre sei er selbst zuständig, erklärte Schwaller. Die Expertengruppe sei direkt ihm unterstellt. Dieses Vorgehen solle sicherstellen, dass die Untersuchung unabhängig und «in der nötigen Tiefe» geführt werde. Es sei im ureigenen Interesse der Post, die ganze Affäre lückenlos aufzuarbeiten.

Ruoff bleibt

Ruoff bleibt auf Wunsch des Verwaltungsrats bis auf Weiteres Konzernchefin und soll sich auf das operative Geschäft konzentrieren. «Ich will eine vollständige Trennung der Untersuchung von der operativen Leitung», stellte Schwaller klar. Dieses Vorgehen sei wichtig, um damit auch die Verantwortlichkeiten auf Stufe Konzernleitung überprüfen zu können.

Die Angelegenheit sei komplex und Vorverurteilungen von Personen fehl am Platz. Es gelte die Unschuldsvermutung – und zwar auch für Ruoff.

Für den Entscheid des Verwaltungsrats, der Konzern-Che-

fin das Vertrauen auszusprechen, gäbe es einen weiteren Grund, sagte Schwaller. Für diese Stufe der Konzernleitung gäbe es nur ein «entweder oder». Ein Freistellen der Post-Chefin über mehrere Monate sei schlicht keine Option.

Der Post-Betrieb mit seinen 60000 Mitarbeitenden müsse weiterhin gewährleistet werden. «Unsere Partner müssen sich auf die Post verlassen können.»

Vorerst kein Bonus

Als weitere Massnahme gab Schwaller am Donnerstag bekannt, dass für die Geschäftsleitungsmitglieder von PostAuto die variablen Lohnanteile für 2017 aufgeschoben würden. Aufgeschoben wird auch die Bonus-Auszahlung für Post-Chefin Ruoff – offenbar auf deren eigenen Entscheid hin.

Weiter soll die Strategie von PostAuto einer «grundsätzlichen Prüfung» unterzogen werden. Auf ein Gewinn- beziehungsweise Ebit-Ziel für PostAuto wird verzichtet. Die vorübergehende Führung der Post-Tochter um Thomas Baur wird zudem mit weiteren Personen ergänzt und die Geschäftsleitung von PostAuto diesem Ad-interim-Führungsteam unterstellt. Überprüft und falls nötig angepasst werden ausserdem Investitionsvorhaben von PostAuto sowie die Governance der Sparte.

500 000 Dokumente

Anfang Februar war bekannt geworden, dass die PostAuto AG jahrelang im subventionierten



Entschuldigung. Urs Schwaller, Verwaltungsratspräsident der Schweizerischen Post, entschuldigt sich bei den Mitarbeitenden, den Kunden und der Öffentlichkeit.

FOTO KEYSTONE

Geschäftsbereich Gewinn erzielt und zu hohe Subventionen von Bund und Kantonen bezogen hatte. Letztere verlangen deshalb 78,3 Millionen Franken von der Post zurück. Das Bundesamt für Verkehr (BAV) hat wegen der Buchhaltungs-Affäre inzwischen auch Strafanzeige eingereicht. Die Post hat bereits angekündigt, dass sie das Geld «vollumfänglich» zurückerstateten will. Die Summe sei bereits im Jahresabschluss vorgesehen. Sie will zudem mit den untersuchenden Behörden kooperieren und alle benötigten Belege zur Verfügung stellen. Schwaller rechnet mit bis zu 500 000 relevanten Dokumenten. | sda

Bern | Politik begrüsst die Absicht der Post

Lückenlose Aufklärung

Seitens der Politik ist in den vergangenen Tagen wiederholt der Rücktritt von Post-Chefin Susanne Ruoff gefordert worden. In der nationalrätlichen Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen (KVF) wird nun die Absicht der Post, die Buchhaltungs-Trickereien lückenlos aufzuklären, begrüsst.

Kommissionspräsidentin Edith Graf-Litscher (SP/IG) nennt es «zielführend und lösungsorientiert», Ruoff im operativen Geschäft zu behalten und die Aufklärung dem Verwaltungsrat und externen Experten zu überlassen. Dafür brauche es neben dem Blick von aussen auch internes Fachwissen.

Der Dimensionen bewusst

Thierry Burkart (FDP/AG) widerspricht: «Dass der Verwaltungsratspräsident die Untersuchung koordiniert, ist negativ. Denn er kann nicht unabhängig sein», sagte er am Donnerstag der Nachrichtenagentur sda. Nur mit einer vollständig unabhängigen und externen Untersuchung könne die Post das Vertrauen zurückgewinnen. «Bisher hatte ich das Gefühl, dass die Post die Sache mit Salami-taktik verniedlicht», sagt Graf-Litscher. Aber inzwischen habe sie den Eindruck, dass



Vertrauen. Konzernleiterin Susanne Ruoff genießt weiter das Vertrauen des Verwaltungsrates.

FOTO KEYSTONE

Verwaltungsratspräsident Urs Schwaller sich der Dimensionen der Angelegenheit bewusst sei. Dass sich Schwaller beim Personal entschuldigt hat, nennt Graf-Litscher «ein wichtiges Zeichen». Denn die Leute an der Front, im Postauto oder am Schalder, müssten als Prellbock für Reaktionen herhalten.

«Anrecht auf Transparenz»

Für Martin Candinas (CVP/GR) steht die lückenlose Aufklärung des Sachverhaltes im Vordergrund gegenüber personellen Fragen. «Das Volk als Eigentümer der Post hat Anrecht auf Transparenz.» Und nach der Ankündigung, bis im kommenden Mai Erkenntnisse zu liefern,

nehme man den Post-Verwaltungsrat beim Wort. Erst nach der Aufklärung muss der Verwaltungsrat die Verantwortlichen benennen und gegebenenfalls Konsequenzen ziehen. Richtig findet Candinas den von der Post bekannt gegebenen Aufschub der Auszahlung der variablen Lohnanteile, bis Klarheit in der Angelegenheit herrscht. Die Post kündigte am Donnerstag eine Untersuchung der Buchungen bei PostAuto für die Jahre 2007 bis 2015 an, wie sie schrieb. Burkart möchte auch die Jahre 2016 und 2017 mit einbezogen haben, trotz des geänderten Verrechnungssystems. Dies müsse der Vollständigkeit halber geschehen, forderte er. | sda

Weitere Werbebeschränkungen für SRG

BERN | Der Bundesrat will im Rahmen des geplanten Gesetzes über elektronische Medien weitere Werbebeschränkungen für die SRG prüfen. Das schreibt er in seiner Antwort auf einen parlamentarischen Vorstoss. Als Beispiele nennt er eine Werbebeschränkung ab 20.00 Uhr sowie eine Obergrenze. Der Bundesrat weist aber auch darauf hin, dass die TV-Programme der SRG wegen ihrer grossen Reichweite für die Werbeindustrie in der Schweiz von grossem Interesse seien. Eine Beschränkung der Werbemöglichkeiten käme kaum der Presse, sondern in erster Linie den internationalen Internetportalen wie Google und Facebook sowie ausländischen Werbefens-tern zugute. Schon heute flössen rund 42 Prozent des Netto-Werbeumsatzes ins Ausland ab, schreibt der Bundesrat in der am Donnerstag veröffentlichten Stellungnahme. | sda

Mehr Rechtssicherheit

BERN | Bei vorsorglichen Fahrausweisentzügen sollen die Betroffenen mehr Rechtssicherheit erhalten. Der Bundesrat ist bereit, das Strassenverkehrsgesetz anzupassen und damit einer Forderung von 33 der 46 Ständeratsmitglieder nachzukommen. 32 Ratskolleginnen und -kollegen hatten sich hinter die Motion von Andrea Caroni (FDP/AR) gestellt. Nach geltender Gesetzgebung kämen die Rechte der Bürger beim Entzug von Fahrausweisen zu kurz, machte Caroni geltend. Zwangsmittel für eine Abklärung der Fahrtauglichkeit würden zu rasch angeordnet und zu lange aufrechterhalten. Caroni kritisiert, dass die Polizei einem Lenker oder einer Lenkerin den Fahrausweis ohne richterliche Überprüfung und vor allem unbefristet abnehmen könne. Betroffene erführen zudem nicht, wann ihr Eintrag im Fahrberechtigungsregister gelöscht sei und sie sich wieder ans Steuer setzen dürften. | sda

Bundesrat unterstützt «grüne Zonen»

BERN | Der Bundesrat ist bereit, spezielle Parkzonen für Elektrofahrzeuge zu schaffen. Diese sollen mit Ladestationen ausgestattet werden. Die erlaubte Parkzeit würde auf die durchschnittliche Aufladezeit abgestimmt. Das fordert die Grünliberale Fraktion (GLP) mit einer Motion. Mit den «grünen Zonen» will sie die Elektrifizierung des Individualverkehrs unterstützen. Der Bundesrat hat sich in seiner am Donnerstag veröffentlichten Antwort bereit erklärt, den Vorstoss anzunehmen. Eine Begründung liefert er nicht. | sda